Abg. Finke fragte, ob es neben dem Schreiben der Stadt Troisdorf bereits weitere offizielle Erklärungen, wie zum Beispiel die erforderliche Anzeige der Veräußerungsabsicht seitens der TroiKomm, gebe.

Kreiskämmerer Ganseuer teilte mit, der Kreis habe am 12.04.2005 von der Einigung der Stadt Troisdorf mit der Rhein-Energie AG erfahren, die Einzelheiten hierzu seien in der Verwaltungsvorlage zu dieser Sitzung vom 19.05.2005 dargestellt. Neben den bekannten Presseerklärungen und dem als Anhang 6 der Vorlage beigefügten Schreiben der Stadt Troisdorf lägen dem Rhein-Sieg-Kreis keine amtlichen Mitteilungen vor.
Der Ältestenrat des Kreistages habe sich am 20.04.2005 bereits mit der Sache beschäftigt. Zwischen allen Fraktionen habe Einvernehmen bestanden, am Unternehmenskonzept der BRS festzuhalten und einer eventuellen Übertragung der Anteile der TroiKomm an der BRS auf die Rhein-Energie AG nicht zuzustimmen. Der Landrat habe in dieser Sitzung auf einen Gesprächstermin mit dem Vorstandsvorsitzenden der Rhein-Energie AG, Hr. Haumann, am 21.04.2005 hingewiesen. In diesem Gespräch habe Hr. Haumann lediglich nochmals die Eckpunkte, die bereits der Presseinformation der Rhein-Energie AG, Anhang 3 der Vorlage, zu entnehmen gewesen seien, zu der Vereinbarung mit Troisdorf dargestellt. Der Landrat habe in dem Gespräch deutlich gemacht, dass der Kreis weiter am Konzept der BRS festhalte und entsprechend des Votums im Ältestenrat keine Zustimmung des Kreises zur beabsichtigten Übertragung der Anteile zu erwarten sei.

Abg. Hartmann äußerte seine Verwunderung darüber, dass es bisher neben den aus der Presse bekannten Dingen keine weiteren Informationen gebe und auch die zuletzt vorgesehene Sitzung des BRS-Verwaltungsrates, in der nach seiner Ansicht einige Fragen hätten geklärt werden können, abgesagt worden sei. Da es hier um die Versorgungssicherheit vieler Kommunen im Kreis gehe, sollten schnellstmöglich weitere Hintergrundinformationen eingeholt und ein gleicher Informationsstand aller Beteiligten hergestellt werden, um die Frage nach der zukünftigen Struktur der Ver- und Entsorgung im Rhein-Sieg-Kreis klären zu können. Insbesondere stelle sich hier auch die Frage, ob es denkbar sei, dass die BRS und die Stadtwerke Troisdorf zukünftig in Konkurrenz zueinander stünden.

Abg. Meise bat um Mitteilung, wie sich eine eventuelle Anteilsveräußerung auf die Arbeitsverträge der Mitarbeiter der Stadtwerke Troisdorf auswirken würde, insbesondere hinsichtlich der Arbeitspostierung. Darüber hinaus fragte er, ob die Stadtwerke Troisdorf ihre Vergaben noch nach VOB regeln, was bei der Rhein-Energie nicht mehr der Fall sei. Dies habe dort dazu geführt, dass bei Ausschreibungen vermehrt Firmen zum Zuge kämen, die ihren Sitz außerhalb des Rheinlands hätten. Auch dieser Punkt müsse in die Gesamtbetrachtung einbezogen werden. Er rege daher an, vor einer Entscheidung auch Vertreter der betroffenen Innungen aus dem Kreisgebiet zu hören.

Abg. J. Becker führte aus, nach seiner Kenntnis sei der Rhein-Sieg-Kreis noch in keiner Weise offiziell in das Verfahren involviert. Zur Zeit könne es somit nur darum gehen, sich zu der Frage der Zustimmung des Kreises zu einer eventuellen Veräußerung von BRS-Anteilen der TroiKomm an die Rhein-Energie AG zu positionieren, was mit dem Votum des Ältestenrates aber bereits geschehen sei. Alle Fraktionen hätten deutlich gemacht, dass es eine Zustimmung des Kreistages zum Anteilsverkauf nicht geben werde. Im Übrigen könne eine förmliche Anzeige über die Veräußerungsabsicht noch nicht vorliegen, da der Troisdorfer Stadtrat noch keine Entscheidung in der Sache getroffen habe. Folglich sei es auch für eine Beschlussfassung durch den Kreisfinanzausschuss hierzu noch zu früh. Alle Überlegungen und Gedankenspiele könnten letztlich gegenstandslos werden, sofern es im Troisdorfer Stadtrat keine Mehrheit für die Anteilsveräußerung gebe, wozu letztlich auch die SPD in Troisdorf wesentlich beitragen könne. Nach seiner Kenntnis gebe es ohne die Stimmen der SPD-Stadtratsfraktion dort zur Zeit keine Mehrheit für das Projekt.

Abg. Hartmann entgegnete, den wesentlichsten Einfluss auf die zu treffenden Entscheidungen habe die CDU, da sie sowohl im Stadtrat in Troisdorf als auch im Kreistag über Mehrheiten verfüge. Daher sei es unredlich, die SPD nun vorsorglich in die Verantwortung für eine möglicherweise aus Sicht des Kreises negative Entscheidung zu nehmen.

Abg. Finke regte an, trotz der noch ausstehenden Entscheidung des Stadtrates Troisdorf sollte der Finanzausschuss, um das nichtöffentliche Votum des Ältestenrates auch öffentlich noch einmal zu unterstreichen, seine Position deutlich zum Ausdruck bringen. Erforderlichenfalls solle durch Beschluss eine schnellstmögliche weitere Aufklärung der Sachlage verlangt werden, da man als BRS-Anteilsinhaber die jetzige Situation nicht ohne Weiteres hinnehmen könne. Er bat darüber hinaus zu prüfen, ob der Kreis nicht auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten tätig werden bzw. Auskunft verlangen könne.

Abg. J. Becker wiederholte, dass er eine Beschlussfassung durch den Finanzausschuss in dieser Sache für verfrüht halte, weshalb die CDU-Fraktion derzeit keinen Beschluss mittragen werde. Die Entscheidung des Stadtrates Troisdorf, die für dessen Sitzung im Juni angekündigt sei, müsse zunächst abgewartet werden.

Der Landrat erklärte, aufsichtsrechtliche Möglichkeiten seien nicht gegeben. Als gemeinsamer Gesellschafter in der BRS könne die TroiKomm bzw. die Stadt Troisdorf lediglich um Aufklärung der Sachlage gebeten werden, was er mit dem bekannten Schreiben an den Bürgermeister der Stadt Troisdorf, Herrn Uedelhoven, bereits getan habe. Er halte es nicht für ratsam, bereits jetzt über mögliche Folgen der von den maßgeblichen Gremien in Troisdorf noch zu treffenden Entscheidung zu spekulieren. Zu den Fragen des Abg. Meise teilte der Landrat mit, dass der Kreis auf diese Dinge keinerlei Einfluss habe und er daher hierzu keine Auskunft erteilen könne.

Der Vorsitzende informierte, der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Troisdorf werde sich am Dienstag, den 31.05.2005, mit der Sache befassen. Den Ausschussmitgliedern lägen jedoch nach seiner Kenntnis bisher noch keine Unterlagen hierzu vor. Daran sei zu erkennen, dass auch in Troisdorf selbst die Informationslage noch sehr lückenhaft sei.

Auch Abg. H.-W. Müller war der Ansicht, dass es aufgrund der noch fehlenden Entscheidung des Stadtrates Troisdorf noch keine Beschlussgrundlage für die Gremien des Kreises gebe, weshalb zunächst abzuwarten sei, wie diese Entscheidung ausfalle. Bereits in der Sitzung des Ältestenrates hätten alle Fraktionen ein eindeutiges Votum abgegeben, wozu er für die Kreistagsfraktion der GRÜNEN bereits heute erklären könne, dass sie auch im Kreistag geschlossen zu diesem Votum stünde, da man das Konzept der regionalen Ver- und Entsorgung weiterhin für richtig halte.

SkB Meyer führte aus, die SPD-Kreistagsfraktion habe mit Ihrem Antrag darauf aufmerksam machen wollen, dass die Informationslage zu diesem wichtigen Thema nicht zufriedenstellend sei. Zudem müssten frühzeitig Strategien entwickelt werden, um auf die gegebenenfalls vom Kreistag zu treffende Entscheidung vorbereitet zu sein.

Abg. Finke stellte nochmals klar, ihm sei es unerklärlich, warum der Kreis vom Mitgesellschafter in der BRS über 6 Wochen bis heute keinerlei Informationen zu dem Vorhaben erhalten habe. Es sei festzuhalten, dass dies keine Art und Weise sei, in der Partner miteinander umgehen sollten. Soweit auf dem Schriftwege keine ausreichenden Informationen zu bekommen seien, müsse verstärkt in persönlichem Kontakt auf Auskunftserteilung gedrängt werden.

Der Landrat erwiderte, selbstverständliche habe er auch in persönlichen Gesprächen mit den Vertretern der Stadt Troisdorf versucht, weitere Auskünfte zu erhalten. Mehr als allgemein bereits bekannt sei, habe er jedoch nicht in Erfahrung bringen können. Der Troisdorfer Bürgermeister habe ihm mitgeteilt, der Entscheidung des dortigen Rates nicht vorgreifen zu können und zu wollen.

Abg. P.-R. Müller verwies auf die für den 02.06.2005 terminierten Sitzungen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung der BRS und bat hierzu um Auskunft, ob beabsichtigt sei, die Angelegenheit dort zu diskutieren.

Der Landrat teilte mit, dass man abwarten müsse, wie sich die Troisdorfer Vertreter in den Sitzung bei Abarbeitung der umfangreichen Tagesordnungen verhielten. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass im Laufe der Sitzung alle Beteiligten darauf drängen werden, weitere Auskünfte zum Vorhaben der Stadt Troisdorf zu erhalten.

Abg. Hartmann bat die Verwaltung darum, je nach weiterem Fortgang der Sachlage zur nächsten Finanzausschusssitzung die weiteren Handlungsmöglichkeiten darzustellen.

Abschließend fasste der Vorsitzende die Ergebnisse dieser Finanzausschusssondersitzung wie folgt zusammen:

1) Alle Kreistagsfraktionen bekräftigen und bestätigen das Votum des Ältestenrates, einer eventuellen Veräußerung von BRS-Anteilen der TroiKomm an die Rhein-Energie AG nicht zuzustimmen.
2) Es wird festgestellt, dass neben der aus den öffentlichen Medien bekannten Sachlage dem Rhein-Sieg-Kreis keine weiteren offiziellen Informationen vorliegen. Dies hält der Kreisfinanzausschuss nicht für akzeptabel.
3) Die Verwaltung wird gebeten, sich weiter um nähere Informationen zu bemühen und den Kreisfinanzausschuss so schnell wie möglich über die weitere Entwicklung zu informieren.
4) Die Gremien des Rhein-Sieg-Kreises können erst dann aktiv werden, wenn der Stadtrat Troisdorf eine Entscheidung in dieser Sache getroffen hat.